

Nein zur Renteninitiative

Ein Kurzargumentarium

Nein zu einem höheren Rentenalter

Die Initiative will das Rentenalter auf 66 Jahre anheben und anschliessend an die Lebenserwartung der 65jährigen koppeln. Travail.Suisse spricht sich gegen die Erhöhung des Rentenalters aus. Das ist eine Sparmassnahme, die allein die Erwerbstätigen trifft und die sozialen Ungleichheiten vergrössert. Besonders stark trifft die Initiative diejenigen mit hohen beruflichen Belastungen und weniger hohen Bildungsabschlüssen.

Unterschiedliche Lebenserwartung

Eine Rentenaltererhöhung geht auf Kosten von Menschen, die weniger lang leben und am Ende ihres Erwerbslebens in einem schlechteren Gesundheitszustand sind. Sie verlieren einen grösseren Anteil ihrer wohlverdienten Zeit in Rente. In der Schweiz leben Menschen mit tieferem Bildungsabschluss deutlich weniger lang und in schlechterem gesundheitlichem Zustand als Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen. Der Professor lebt also deutlich länger und in besserem gesundheitlichem Zustand als der Maurer oder der Bäcker.

Höheres Rentenalter ist unsozial: Frühpensionierungen für wenige

Menschen mit hohem Einkommen werden nicht nur wegen der höheren Lebenserwartung weniger stark von einer Rentenaltererhöhung betroffen sein. Wer ein höheres Einkommen hat, kann sich schon heute eine Frühpensionierung leisten und muss nicht bis zum ordentlichen Rentenalter arbeiten. Das wird sich auch mit der Renteninitiative nicht ändern. Alle anderen, die sich keine Frühpensionierung leisten können, werden das höhere Rentenalter voll zu spüren bekommen.

Invalidität am Ende des Erwerbslebens

Am Ende des Erwerbslebens nimmt die Zahl der Menschen mit Invalidenrenten zu. Gut 10% der 60-64-Jährigen haben eine IV-Rente. Das hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die Erwerbsarbeit körperlich und psychisch belastend ist. Bei den 60-64-Jährigen ist die IV-Neurentenquote am höchsten, v.a. Berentungen wegen Krankheiten (Knochen- und Bewegungsorgane, Tumore, Kreislaufsystem) nehmen in diesem Alter deutlich zu. Die Erhöhung des Rentenalters würde die Invaliditätsrate erhöhen. Sie führt dazu, dass Menschen in belastenden Berufen nicht bis zur Pensionierung arbeiten können, sondern vorher invalid werden.

Arbeitslosigkeit am Ende des Erwerbslebens

Für ältere Beschäftigte ist es nach wie vor schwierig, eine Stelle zu finden, wenn sie arbeitslos werden. So sind ältere Arbeitnehmende aus strukturellen Gründen (fehlende Qualifikationen, höhere Lohnnebenkosten etc.) deutlich häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Wer ausgesteuert ist und keine Leistungen der Arbeitslosenversicherung mehr erhält, ist auf Sozialhilfe oder – sofern er oder sie die sehr restriktiven Auflagen dafür erfüllt – auf Überbrückungsleistungen angewiesen. Die Erhöhung des Rentenalters würde es vielen Arbeitnehmenden erschweren, bis zum Rentenalter im Arbeitsmarkt zu bleiben.

Ungerechtigkeiten zwischen einzelnen Jahrgängen

Die Renteninitiative sieht vor, das Rentenalter an die Lebenserwartung der 65-Jährigen zu knüpfen. Die Lebenserwartung der 65-Jährigen schwankt stark, weil z. B. Grippewellen die Lebenserwartung dieser Gruppe beeinflussen und sie gesundheitlich fragiler sind als andere Bevölkerungsgruppen. Je nach Schwankung kann es sein, dass jemand zwei Monate länger arbeiten muss als sein Kollege, der ein Jahr älter ist und auch zwei Monate länger als seine Kollegin, die ein Jahr jünger ist. Das führt zu grossen Ungerechtigkeiten zwischen den einzelnen Jahrgängen.

Fehlende Planbarkeit

Die Renteninitiative sieht vor, dass erst fünf Jahre vor der Pensionierung den Arbeitnehmenden mitgeteilt wird, wann sie das Pensionsalter erreichen. Für Arbeitnehmende ergibt sich daraus eine grosse Unsicherheit bezüglich ihrer Pensionierung. Sie wissen bis Anfang 60 nicht, wie ihre Pensionierungssituation aussehen wird.

Keine Mitsprache der Bevölkerung

Die Initiative würde das Rentenalter automatisch an die Lebenserwartung der 65-Jährigen koppeln. Das bedeutet, dass es keine politische Abwägung zu Rentenaltererhöhungen mehr geben würde und zum Beispiel nicht auf die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt Rücksicht genommen werden könnte. Weder der Bundesrat, noch das Parlament, geschweige denn die Schweizer Bevölkerung könnten sich für oder gegen eine Erhöhung des Rentenalters aussprechen.